Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6129**

17. Wahlperiode 08. 06. 2011

Antrag

der Abgeordneten Michael Schlecht, Sabine Leidig, Dr. Barbara Höll, Ulrich Maurer, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Annette Groth, Heike Hänsel, Harald Koch, Katrin Kunert, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Richard Pitterle, Ingrid Remmers, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost, Johanna Voß und der Fraktion DIE LINKE.

Keine zusätzlichen finanziellen Mittel des Bundes oder der Deutschen Bahn AG für Stuttgart 21

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. keine weiteren finanziellen Mittel für das Bauprojekt Stuttgart 21 aus dem Bundeshaushalt für eine Fortsetzung der Baumaßnahmen am Bahnhof Stuttgart zur Verfügung zu stellen;
2. sich gegenüber der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass auch diese für das Bauprojekt Stuttgart 21 keine weiteren finanziellen Mittel für eine Fortsetzung der Baumaßnahmen zur Verfügung stellt.

Berlin, den 8. Juni 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die grün-rote Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg sieht vor, dass – wenn der Stresstest für Stuttgart 21 Kosten über 4,5 Mrd. Euro ergibt – keine Landesmittel mehr für den Bau, die zur Überschreitung der 4,5-Milliarden-Grenze führen, zur Verfügung gestellt werden. Eine Überschreitung dieser Kostengrenze erscheint nicht nur der neuen grün-roten Koalition, sondern auch vielen Bürgern in Baden-Württemberg als unverhältnismäßig – unabhängig von der Finanzierungsquelle. Die Bundesregierung sollte den demokratischen Klärungsprozess zu Stuttgart 21 respektieren und deshalb keine Kosten über der 4,5-Milliarden-Grenze übernehmen.

Arno Luik berichtete Anfang April 2011 im Magazin „stern“ (15/2011) über ein „130 Seiten dickes Dossier“, verfasst von der Deutschen-Bahn-AG-Tochter DB Projektbau GmbH. Dieses liefert eine detaillierte Bestandsaufnahme der mit Stuttgart 21 verbundenen Risiken. 48 Positionen, die Risiken beschreiben, sind mit konkreten Beträgen der möglichen Mehrkosten verbunden. Die hier aufgelisteten Positionen addieren sich auf Kosten in Höhe von 1,264 Mrd. Euro. „Bei den restlichen 73 Risiken werden keine möglichen Mehrkosten genannt. Exper-

ten, die das DB-Papier kennen, rechnen bei diesen 73 Positionen im schlechtesten Fall mit zusätzlichen Kosten in Höhe von zwei Milliarden Euro. Für den neuen Bahnhof müssten die Steuerzahler dann über sieben Milliarden Euro aufbringen."

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333